

## AUSSENPOLITIK

### BRD

#### (1) Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik

Die Bereitschaft der Bundesregierung, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der VR China mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen, hat der parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium Volker Hauff am 25.3.74 in Bonn unterstrichen, und zwar in einer schriftlichen Antwort auf eine entsprechende Frage der CDU/CSU-Fraktion. Freilich müsse im Interesse der Anbahnung einer konkreten Zusammenarbeit zunächst die Erarbeitung gemeinsam interessierender Forschungs- und Entwicklungsgebiete durch den Austausch von Fachdelegationen eingeleitet werden. Nach dem Besuch einer chinesischen Fachdelegation in der Bundesrepublik bereits Ende 1972 sei eine größere Delegation, die sich einen generellen Überblick über die Kooperationsmöglichkeiten verschaffen soll, offiziell eingeladen worden. Die chinesische Antwort auf diese Einladung stehe freilich noch aus (NfA, 27.3.74).

#### (2) Chinesische Stipendiaten in der Bundesrepublik

Im Austausch gegen 10 deutsche Studenten, die seit Ende 1973 an der Pekinger Fremdsprachenhochschule arbeiten (dazu vgl. C.a. 1974/3 - Ü 29) sind jetzt erstmals 10 Stipendiaten aus der VR China am 8. März in die Bundesrepublik gekommen. Zunächst nehmen sie an einem vierwöchigen Sprachkurs des Goethe-Instituts im oberbayrischen Murnau teil. Anschließend werden die Stipendiaten für rd. ein Jahr zur philologischen Ausbildung an die Universität Heidelberg gehen. Die Organisation dieser Angelegenheiten liegt in den Händen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) (Die Welt, 9.3.74).

### DDR

#### (3) "Neues Deutschland" zur Kampagne gegen Lin Piao und Konfuzius

Wie das Ostberliner Parteiorgan Neues Deutschland am 21. 3.74 feststellt, spiegeln sich in der neuen spektakulären politischen Kampagne in China ernste Fragen wider, die sich aus dem Unvermögen der gegenwärtigen Führung ergeben, die Grundprobleme des Landes zu lösen. Es gehe Mao Tse-tung und seinen treuesten Gefolgsleuten auf dem "Linken Flügel" bei dieser Kampagne keineswegs um eine Kritik an Konfuzius bzw. an Lin Piao. Die derzeitige Situation im Lande habe vieles gemeinsam mit der Kulturrevolution in den Jahren 1966/69. Der Kampf im Innern sei von einer neuen großen Welle des Nationalismus und des Antisowjetismus begleitet.

Der X. Parteitag habe die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes keineswegs zu lösen vermocht, sondern vielmehr neuen Zündstoff für innenpolitische Auseinandersetzungen aufgehäuft. Seit langem gebe es in China

kein konstruktives Programm für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes mehr. Es mehrten sich Stimmen, die Mao Tse-tung und seine Anhänger für die Stagnation der Volkswirtschaft und die heutige Lage verantwortlich machten. Die Kluft zwischen den "großmachtchauvinistischen Ambitionen" und der völlig unzureichenden ökonomischen Basis wachse ständig an.

Kein Wunder, daß auch der Enthusiasmus der chinesischen Werktätigen unter diesen Umständen in den letzten Jahren spürbar nachgelassen habe, und Müdigkeit sowie Antipathie sich verbreiteten.

Die gegenwärtige Kampagne sei ein neuer Anlauf zur vollständigen Durchsetzung des maoistischen Kurses. Mao wolle Garantien dafür schaffen, daß seine nationalistisch-chauvinistische Linie auf lange Sicht - auch nach seinem Ableben - fortgesetzt werde. Die Außenpolitik der chinesischen Führung bleibe in ihren Grundzügen unberührt.

Die widersprüchliche Entwicklung, die "durch die Kombination des Strebens nach einem Zusammenspiel mit dem Imperialismus und abenteuerlichen Aktionen gegen die Tendenzen zur Entspannung in einzelnen Gebieten auf der Welt bestimmt ist", spitze sich weiter zu. Abschließend betont die Zeitung: "Die gegenwärtige innere Auseinandersetzung in China, die ihren Höhepunkt offensichtlich noch nicht erreicht hat, ist der sichtbare Ausdruck der latenten Krise des Maoismus und beweist erneut seine Haltlosigkeit."

### WESTEUROPA

#### (4) Hsinhua zum Pompidou-Besuch in der UdSSR

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten brachte Peking lediglich einen nüchtern-trockenen Kommentar mit folgendem Wortlaut: "Der französische Staatspräsident Georges Pompidou hat vom 12. bis 13. März der Sowjetunion einen inoffiziellen Besuch abgestattet. Während ihrer Gespräche in Pizunda, an der Küste des Schwarzen Meeres, hatten Präsident Pompidou und der sowjetische Führer Breschnew einen Meinungsaustausch über die sowjetisch-französischen Beziehungen und über 'einen weiten Bereich von Problemen des internationalen Lebens'. An den Gesprächen nahmen der französische Außenminister Michel Jobert und der sowjetische Außenminister André Gromyko teil. Präsident Pompidou ist gestern (13.3.) abend nach Paris zurückgekehrt." (NCNA, 14.3.74)

#### (5) Österreichische Regierungsdelegation in Peking

Unter der Leitung von Rudolf Sallinger, Mitglied des Österreichischen Nationalrats und Präsident der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer, traf am 26. März eine österreichische Regierungsdelegation zu einem Freundschaftsbesuch Chinas in Peking ein. Unter anderem war Sallinger mit der Aufgabe betraut, die in Peking stattfindende österreichische Industrieausstellung zu eröffnen (NCNA, 26.3.74). Ebenfalls im Jahre 1974 wird noch die Schweizer Industrieausstellung folgen; die deutsche folgt sodann 1975.



**(6) Österreich: Antonioni-Erpressung abgelehnt**

Das österreichische Fernsehen hat am 25.3. erklärt, es wolle sich von der VR China nicht erpressen lassen. Anlaß zu dieser Erklärung war ein Versuch der chinesischen Botschaft in Wien, einem Fernsehaufnahmeteam die Begleitung Außenminister Kirchschrägers nach Peking nur zu gestatten, wenn das österreichische Fernsehen auf die Ausstrahlung des Antonioni-Filmes verzichte. In der Erklärung der Wiener Fernsehdirektion heißt es, sie verzichte auf die geplante Entsendung des Aufnahmeteams nach China, weil sie Erpressungsversuchen nicht nachzugeben bereit sei (NZZ, 27.3.74).

**(7) Protest gegen "Chinesen in Paris" auch in der Schweiz**

Auch bei der Schweizer Regierung hat die VR China offiziell gegen die Aufführung des französischen Filmes "Die Chinesen in Paris" protestiert. Ein ähnlicher Protest war zunächst bei der französischen Regierung abgegeben worden. Die Schweizer Regierung in Bern machte jedoch nach dem mündlich abgegebenen Protest darauf aufmerksam, daß in der Schweiz Presse- und Meinungsfreiheit sowie Handels- und Gewerbefreiheit herrsche. Deshalb könne die Schweizer Regierung gegen die Aufführung des Films nicht einschreiten (NZZ, 15.3.74).

**UDSSR UND OSTEUROPA****(8) Sowjetischer Hubschrauber in China vermißt: Spionage?**

Am 20.3. meldete TASS, daß der sowjetische Grenzschrauber No.24 am 14. März mit drei Mann Besatzung an Bord in das Gebiet südlich von Beleshi im Altai-Gebiet abgeflogen sei, um einen schwerkranken Soldaten aufzunehmen und ihn eiligst ins Lazarett zu bringen. Während des Fluges sei der Hubschrauber in ein Unwetter geraten, habe seine Peilgeräte verloren und sei, da der gesamte Treibstoff aufgebraucht war, zu einer Notlandung in der Nähe der Grenze auf dem Gebiet der Volksrepublik China niedergegangen. Dies sei dem Flughafen von der Besatzung über Funk gemeldet worden. Sowjetische Stellen hätten diese Notlandung einem chinesischen Grenzvertreter mitgeteilt und am 15. März eine entsprechende Meldung auch dem Botschafter der VR China in Moskau übermittelt. Man habe ihn ersucht, Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, daß Besatzung und Hubschrauber gefunden und der sowjetischen Seite zurückgegeben würden.

Das Gebiet, in dem der Helikopter gelandet sein muß, befindet sich im nördlichen Abschnitt der Autonomen Region Sinkiang, ungefähr 3.300 km südöstlich von Moskau.

Etwas anders sah das Pekinger Außenministerium den Fall. Der Stellv. Außenminister Yü Chan überreichte dem sowjetischen Botschafter in China, W.S. Tolstikov, am 23. März eine Protestnote mit folgendem (gekürzten) Wortlaut:

"Am 14. März 1974 drang ein der Sowjetunion gehörender bewaffneter Aufklärungshubschrauber vom Typ MI-4 tief

in die Autonome Region Sinkiang-Uighur von China ein, landete mehr als einmal im Kreise Habahe und führte Spionageaktivitäten durch. Chinesische Grenzschrauber und Milizangehörige erbeuteten an Ort und Stelle den Hubschrauber und nahmen drei Militärangehörige fest, die sich an Bord befanden. Um das Verbrechen zu tarnen, erfanden die Sowjetbehörden ein Bündel Lügen. In einer Benachrichtigung an die chinesische Botschaft in der Sowjetunion vom 15. März behauptete das Außenministerium der Sowjetunion, ein sowjetischer Hubschrauber sei während eines Erste-Hilfe-Auftrages unbeabsichtigt nach China eingeflogen.

Genaue Untersuchungen der chinesischen Seite ergaben jedoch, daß der Hubschrauber weder medizinisches Personal in Erfüllung eines 'Erste-Hilfe'-Auftrages an Bord hatte, noch Arzneien oder Krankenausrüstungen. Statt dessen habe er Waffen und Munition sowie Aufklärungsausrüstung mit sich geführt. Gefundene Dokumente und die Aktivitäten der drei Militärangehörigen bewiesen, daß sie den Befehl hatten, einen 'Sonderauftrag' durchzuführen. Dies ist kein Einzelfall..... Allein in der Zeit von Januar 1973 bis heute sind 61 sowjetische Einflüge in Chinas Region Sinkiang zu verzeichnen..... (NCNA 23.3.74).

Moskau hat die chinesischen Vorwürfe scharf zurückgewiesen und die Herausgabe von Hubschrauber und Mannschaft verlangt (Note vom 25.3.74).

Die AFP bringt die Hubschrauber-Affäre - es habe sich um eine Maschine der Grenztruppen im Auftrag des KGB gehandelt - in Zusammenhang mit den sowjetischen Vorbereitungen für einen Präventiv-Krieg gegen die VR China. Zu diesem Punkt vgl. die Stellungnahme in C.a. 1974/3, S.111 ff. "Schwarze Wolken, doch kein Gewitter".

**(9) Chinesisch-sowjetische Grenzschiifahrtskommission**

Meldung der Hsinhua (NCNA, 22.3.74): "Vom 5. Februar bis 21. März war die gemeinsame chinesisch-sowjetische Kommission für die Schifffahrt auf den Grenzflüssen in der sowjetischen Stadt Blagoweschtschensk zu ihrer regulären 19. Sitzung zusammengekommen. Jede Seite gab einen Bericht ab über die Schifffahrt und die Arbeit hinsichtlich befahrbarer Wasserstraßen. Es wurde beschlossen, die 20. reguläre Sitzung in China zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt abzuhalten. Über die 19. Sitzung wurde ein Sitzungsbericht unterzeichnet. Über die auf dieser Sitzung diskutierten Fragen wurde keine Übereinstimmung erzielt". Damit wiederholt sich seit Jahren dasselbe Ritual.

Die Grenzschiifahrtsverhandlungen stehen nicht in unmittelbarem, wohl aber in mittelbarem Zusammenhang mit den in Peking laufenden Grenzverhandlungen, die im Juli vergangenen Jahres unterbrochen wurden.

Die gemeinsame chinesisch-sowjetische Grenzschiifahrtskommission besteht seit Beginn des Jahres 1951. Lt."Abkommen zwischen der VR China und der UdSSR über die Grenzschiifahrt und über Grenzbauten im Bereich der Flüsse Amur (Heilungkiang), Ussuri (Wu-su-li), Argun, Sungach und des Khanka-Sees" hat die gemeinsame Kommission dafür zu sorgen, daß die Flußzeichen in Ordnung gehalten, Vermessungs-



und Flußregulierungsarbeiten durchgeführt und in beiderseitiger Zusammenarbeit eine effektive Schifffahrt auf den bezeichneten Gewässern ermöglicht wird (Näheres dazu in: "Verträge der VR China mit anderen Staaten, Teil 5: Verträge mit kommunistischen Staaten", bearbeitet im Institut für Asienkunde Hamburg, Bd. XII/5 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Wiesbaden 1971, S.431 ff.).

## Sino-sowjetische Polemik

### China

#### (10) Neue Spionagevorwürfe gegen die Sowjetunion

"Gegenwärtig führen die Sowjetrevisionisten Spionagetätigkeiten zu Lande, in der Luft und zur See durch. Es befinden sich nahezu 100 Spionagesatelliten am Himmel. Allein im Jahr 1973 starteten die Sowjetrevisionisten 75 Spionagesatelliten für militärische Zwecke, fünfmal soviel wie die USA. Zur See dringen sowjetische Spionageschiffe und U-Boote mit elektronischen Geräten in die Küstengewässer anderer Länder ein, um dort militärische Einrichtungen zu erkunden. Zu Land schließlich laufen sowjetische Spione unter dem Deckmantel von Diplomaten, Journalisten, Geschäftsleuten, Seeleuten und Technikern überall Amok, indem sie Nachrichten sammeln und mit verächtlichen Mitteln Sabotage-Akte verüben. Einige von ihnen stifteten durch Bestechungen Staatsstreich an, einige entfachten örtliche Tumulte, einige schmuggelten Waffen in andere Länder, um bewaffnete Rebellionen zu unterstützen, und einige stahlen auf Ausstellungen Instrumente." (NCNA, 16.3.74)

Andererseits beriefen sich die Sowjets immer wieder auf die "allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts". Nach einer unvollständigen Statistik einer britischen Zeitschrift hätten in den letzten zehn Jahren nahezu 40 Länder sowjetische Diplomaten ausgewiesen, die sich mit Spionagetätigkeit befaßt haben. "Der sogenannte Trick, 'mit dem Dolch im Gewande', d.h. Spionagetätigkeit in diplomatischer Eigenschaft und unter anderer Tarnung durchzuführen, ist seit langem eine übliche Praxis der Imperialisten. Er ist eine unentbehrliche Waffe der Imperialisten, Aggression, Expansion und Subversion zu verüben. Die US Central Intelligence Agency (CIA) ist eine von jenen berüchtigten Stellen..... Man kann zu Recht sagen, daß der Staatssicherheitsdienst (KGB) der Sowjetunion dem CIA der USA in nichts nachsteht....."

#### (11) Bedeutung des Wortes "Abrüstung" in der Sowjetunion (zur neuen SALT-Runde)

Aus chinesischer Sicht (NCNA, 3.3.74) bedeutet "für die Sowjetrevisionisten Abrüstung soviel wie Rüstungsexpansion und Begrenzung von Atomwaffen soviel wie Entwicklung von Atomwaffen." Die Sowjetrevisionisten träumten von "militärischer Überlegenheit", sprächen aber vom "Stop des Wettrüstens". Sie wetteiferten in ihrem atomaren Wettrüsten mit dem US-Imperialismus um die militä-

rische Überlegenheit. In etwas mehr als einem Monat nach Unterzeichnung des Abkommens über die Beschränkung der strategischen Offensivwaffen im Mai 1972 führten die sowjetischen Revisionisten 15 Raketentests durch. In den letzten 3 Monaten desselben Jahres führen sie zwei Runden Startproben für ballistische Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen durch." Dies also ist die Dialektik der sowjetischen Abrüstungsphilosophie.

#### (12) "Die Sowjetrevisionisten betteln um Westkredite"

Die jeden Schamgefühls bare Kreditbettelei der Breschnew-Clique bei den bourgeois Staaten widerspiegelt die dem äußeren Schein nach furchterregende, innerlich aber morsche, schwache und kraftlose Natur des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus....." Zwischen 1964 und 1973 habe Moskau vom Westen Kredite von insgesamt 7,2 Mrd. US \$ "erbettelt", von denen mehr als zwei Drittel in die Zeit von 1970 bis 1973 fallen. Ihnen kann man noch die Kredite der sogenannten Bruderländer für die Zeit von 1960 bis 1971 in Höhe von etwa 3,3 Mrd. US \$ hinzufügen. Das würde eine Auslandsverschuldung von mehr als 10 Mrd. US \$ ausmachen. Die "Renegatenclique" versuche, mit solchen Krediten die wirtschaftlichen Engpässe und Nöte ihrer Bevölkerung zu lösen....." Wie aber wird Breschnew mit den von Jahr zu Jahr anwachsenden Tilgungsbeträgen der Auslandsschulden fertig werden? ..... Wird er noch grausamer das Blut und den Schweiß des sowjetischen Volkes auspressen? " (JMJP, 13.2.74)

#### (13) Sowjetische "Hilfeleistung" an Indien

Die "uneigennütige Hilfe" an Indien, die von den "Herren im Kreml" immer wieder betont wird, sei im Grunde nichts anderes als ein Instrument, um Extraprofit und "Wegnahme ohne Bezahlung" zu erlangen. Von 1970 bis 1971 beispielsweise seien die Preise für Erdöl und Ölprodukte, die die Sowjetunion an Indien verkaufte, um 30% höher angesetzt worden als die Preise der gleichen Waren im Verkauf an die BRD. Bei Jute andererseits, die die Sowjetunion von Indien kaufte, war der Preis um 31% niedriger als der durchschnittliche Preis, zu dem Indien sonst exportiert. Durch die sowjetische "Wirtschaftshilfe" in den vergangenen 10 Jahren hätten sich die Schulden Indiens enorm vergrößert (1961: 548 Mio. Rupien; 1972: 3,85 Mrd. Rupien). Allein im Jahre 1969 habe Indien 110 Mio. Rupien Zinsen an die Sowjetunion zahlen müssen. Indien müsse, wenn es von der Sowjetunion 100 Rupien "Hilfe" erhalte, noch im gleichen Jahr 125 Rupien zurückzahlen (PRu 1974 Nr.6, S.19 f.).

#### (14) Hauptmerkmale der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion

Als Hauptmerkmale der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion werden genannt:

- Die sozialistischen Produktionsverhältnisse hätten sich in einen von der privilegierten Bourgeoisie kontrollierten staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandelt, der im Interesse von Maximalprofiten immer mehr kapitalistische Gesetze ("materielle Anreize", "Profit als oberstes Krite-



rium“) einführt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Reformvorschläge von Professor Liebermann vom September 1962 verwiesen, die davon ausgehen, daß jeder Betrieb nach dem Gewinnprinzip arbeiten solle. Sein „neues Wirtschaftssystem“, das dann in der Tat auch in der Praxis weitgehende Berücksichtigung fand, habe zum Inhalt, den „wirtschaftlichen Anreiz“ als Hebel zur Förderung der Produktion zu nutzen, die „Vergrößerung der Unabhängigkeit der Unternehmen“ zu fördern und es zu dulden, einen Teil der Profite in den Unternehmen zu belassen sowie ihn unter die Angestellten zu verteilen. Es sei auch zulässig geworden, Arbeiter im Interesse von „Rationalisierungsmaßnahmen“ zu entlassen. Schließlich schreite die Konzentration konzernartiger „großer Unternehmen der Gemeinschaftsproduktion“ voran, wobei das Schlagwort von der „Entwicklung der Planwirtschaft“ lediglich als Aushängeschild benutzt wird, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu zersetzen und den Kapitalismus zu restaurieren.

- Das sozialistische System des Eigentums an den Produktionsmitteln sei rein formal, toter Buchstabe des Gesetzes geworden. In Wirklichkeit seien die Produktionsmittel das Eigentum einer Handvoll Angehöriger der privilegierten bürokratischen Bourgeoisie. Die formale Aufrechterhaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse diene lediglich zur Verschleierung der Ausbeutung und zu deren Legitimierung. Im Bereich der Landwirtschaft nehme der Anteil der nebegewerblichen Privatwirtschaft von Jahr zu Jahr zu. Kartoffeln und Eier stammten 1971 zu fast zwei Dritteln aus der Privatproduktion. Beim Rinder- und Schweinebestand mache die Privatproduktion 25% aus! Gleichzeitig wird den Kolchosen und Sowchosen das Recht auf unabhängige Bewirtschaftung der Betriebe verliehen. Sie dürften, nachdem sie ihre obligatorischen Abgaben an den Staat entrichtet hätten, alle übrigbleibenden Produkte und Erzeugnisse des privaten Nebenerwerbs auf die Kolchosmärkte bringen und dort zu freien Preisen verkaufen. Dadurch trete eine Entartung des Kollektiveigentums ein.

- Da die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu den kapitalistischen degenerierten, komme es unvermeidlich zur Vergrößerung der wirtschaftlichen „Widersprüche“ und zu Schwierigkeiten, die dann letzten Endes zur Ausplünderung anderer Nationen führten (Sozialimperialismus der Sowjetunion, manifest geworden in der berüchtigten „Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität“, „internationale Arbeitsteilung“, Aggression gegen die Tschechoslowakei, Verletzung von Chinas Grenzen, ständige Aufrüstung, „Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat“) (PRu 1974 Nr.7, S.16 ff.) (Wiedergabe eines Artikels aus dem „Volksstern“, dem Organ des ZK der japanischen KP (Linke).)

### (15) „Sowjetrevisionisten“ als Konfuzius-Verehrer angeprangert

„Genauso wie die Reaktionäre und die Anführer der opportunistischen Linie in der Geschichte Chinas beten die Vertreter der sowjetrevisionistischen Renegatenclique Konfuzius an“, hieß es in einer Sendung von Radio Peking (deutsch, 23.2.1974). In dem Buch „Geschichte der Gesellschaftslehren im alten Osten“, 1959 in der Sowjetunion herausgegeben, heißt es, man solle die demokratischen Leh-

ren mancher politischen Ideen des Begründers der konfuzianischen Schule hochschätzen. Auch Breschnew habe nach seinem Amtsantritt an dieser Tendenz nichts geändert. Der 7. Band der Enzyklopädie der Geschichte der Sowjetunion, 1965 herausgegeben, mache viel Aufhebens davon, daß Konfuzius und Konsorten es darauf abgesehen hätten, den Wohlstand des Volkes zu verbessern. In dem 1973 herausgegebenen Buch „China, Gesellschaft und Staat“ werde die konfuzianische Lehre ebenfalls hoch gepriesen usw. (weitere Argumente in PRu 1974 Nr.10, S.26 ff.)

## Sino-sowjetische Polemik

### UdSSR

#### (16) Chinesische Billigung der amerikanischen Marinepolitik im Indik und im Pazifik?

Am 8. März schreibt die Prawda, Peking billige offensichtlich amerikanische Pläne zur Errichtung eines Militärstützpunktes auf der Insel Diego Garcia (im Indischen Ozean) und den Beschluß über die Beibehaltung der zahlenmäßigen Stärke der amerikanischen Streitkräfte in Asien und im Pazifik.

Die chinesische Unterstützung gehe vor allem aus dem mehr als sprechenden Schweigen der Pekinger Presse hervor. Desgleichen zitierten amerikanische Zeitungen jetzt häufig Äußerungen hoher US-Offiziere, denen zufolge Peking nicht am Abzug der amerikanischen Truppen aus Asien interessiert sei, ja die amerikanische Militärpräsenz als eine Art „Gegengewicht zum verstärkten sowjetischen Einfluß“ in der Region ansehe.

In der Tat kann man davon ausgehen, daß Peking, wenn die amerikanischen Flottenpläne nicht in sein Konzept paßten, schon lange mit scharfen Vorwürfen in dieser Richtung geantwortet hätte.

#### (17) Vorwurf aus Moskau: Einseitige Rüstungswirtschaft

Radio „Frieden und Fortschritt“ bringt am 6.3.1974 folgende Betrachtungen (MD Asien, 8. März 1974, S.4): „Heute betreibt China aktiv militärische Aufrüstung. Der Anteil der Militärausgaben beläuft sich auf 40% des Staatsbudgets. Das ganze Leben der chinesischen Gesellschaft wird von der Militarisierung erfaßt. Gleichzeitig unternimmt die Pekinger Führung große Anstrengungen, jegliche Maßnahmen für Abrüstung und Entspannung der internationalen Lage zu sabotieren. Im Inland wird die chauvinistische Propaganda beschleunigt. Gegenüber Nachbarländern werden absurde und hartnäckige territoriale Forderungen gestellt, während in einigen Ländern die Aktivität der Umsturzversuche beschleunigt wird. Alles in allem ist es eine aggressive Expansionspolitik..... Auch haben sich Waffenhändler aus den USA, England und Westdeutschland bereiterklärt, Flugzeuge und technisches Material für Kriegsvorbereitungen an China zu liefern..... Die chinesische Wirtschaft wird immer mehr von den imperialistischen Monopolorganisationen abhängig..... (Auf diese Weise wird) der Zustand der Rückständigkeit in China beibehalten.....“.



### (18) Zur zweiten Gipfelkonferenz der islamischen Länder

Peking nahm zur zweiten Gipfelkonferenz der islamischen Länder, die vom 22.-24. Februar in Lahore/Pakistan stattfand, positiv Stellung. Auf dieser Konferenz wurde eine Deklaration angenommen, in der die 37 beteiligten Länder die arabische Sache ihrer Unterstützung versicherten und Schritte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der islamischen Staaten empfahlen. Die arabische Sache sei Angelegenheit aller Länder, die die Aggression bekämpften. Ferner wurden Resolutionen über Jerusalem, den Mittleren Osten und die Palästinafrage etc. verabschiedet. Die Deklaration bringe den Willen zur vollen und wirkungsvollen Unterstützung für die arabischen Länder zum Ausdruck und hebe außerdem hervor, daß die grundlegende Bedingung für die Lösung der Mittelost-Frage darin bestehe, die vollen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf sein Heimatland wiederherzustellen (PRu 1974 Nr.10, S.29).

## NORDAMERIKA

### (19) Leiter der amerikanischen Verbindungsmission in Peking kehrt auf seinen Posten zurück

David Bruce, der das amerikanische Verbindungsbüro in Peking leitet, hatte am 26. Januar 1974 die chinesische Hauptstadt verlassen, um die westeuropäischen Metropolen zu besuchen und dort im Auftrage Kissingers als "Berater für Atlantische Fragen" zu wirken. Nach Konsultationen in London und Paris ist er nun (22. März) wieder nach Peking zurückgekehrt. Seine Rückkehr erfolgte etwa zur gleichen Zeit wie die Ankündigung, daß auch der Leiter der chinesischen Verbindungsmission in Peking, Huang Chen, der im November 1973 Washington verlassen hatte, in Bälde wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Für die lange Abwesenheit Huang Chens gab es keine offizielle Erklärung, doch scheint sie weniger von außenpolitischen Erklärungen motiviert gewesen zu sein als vielmehr von der Tatsache, daß Huang Chen als ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas in Peking dringend benötigt wurde. Nachdem das Gewitter der innenpolitischen Auseinandersetzung sich langsam zu verziehen beginnt, wird Huang wieder für Washington frei.

Die Abwesenheit der beiden Spitzendiplomaten hat in der Vergangenheit wiederholt Spekulationen über den Stand der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zwei Jahre nach dem Besuch Präsident Nixons ausgelöst. Vor allem amerikanische Pressestimmen hatten darauf hingewiesen, daß Bruce von seiner Mission in Peking enttäuscht sei, da er nur selten Gelegenheit habe, führende Politiker Chinas zu sprechen.

Diplomatische Kreise in der chinesischen Hauptstadt sind jedoch der Meinung, daß das Pekinger Politbüro entschlossen ist, an seiner bisherigen Amerika-Politik festzuhalten. Die Angriffe von Wang Hung-wen beim X. Parteitag gegen den "US-Imperialismus" haben de facto noch zu keiner wirklichen Verschlechterung der Beziehungen geführt.

### (20) Diplomatische Immunität für Verbindungsbüro in den USA

Präsident Nixon hat einen Erlaß unterzeichnet, der den Angehörigen des Verbindungsbüros der Volksrepublik China in Washington diplomatische Immunität gewährt. Der Erlaß tritt rückwirkend zum 20. April 1973 in Kraft. Die elfmonatige Verzögerung der Unterzeichnung begründeten Beamte des Weißen Hauses damit, daß die Formulierungen vorher mit dem Außenministerium und anderen Behörden hätten abgesprochen werden müssen (Die Welt, 20.3.74).

### (21) Erste amerikanische Touristengruppe in China

Zum erstenmal seit 1949 ist Anfang März eine Gruppe von 200 amerikanischen Touristen in China eingereist, um sich zwei Tage lang in der südchinesischen Provinzhauptstadt Canton aufzuhalten. Die Gruppe war mit der "France" nach Hong Kong gekommen. Mitte März werden weitere 200 Passagiere des niederländischen Schiffes "Windham" erwartet.

Möglicherweise wird dieser Touristenbesuch ausländische Spekulationen über den Ausbruch einer neuen Fremdenfeindlichkeit in China widerlegen.

### (22) Auswanderung nach Canada?

Anfang März ging bei der kanadischen Botschaft in Peking der erste Antrag auf Auswanderung eines Chinesen nach Canada ein. Beim Besuch Premierminister Trudeaus in der chinesischen Hauptstadt (Oktober 1973) im Zuge der Familienzusammenführung waren Abmachungen dahingehend getroffen worden, daß Chinesen nach Canada auswandern könnten. Insgesamt handelt es sich hierbei um etwa 15.000 potentielle Bewerber.

Sollte dieser erste Antrag erfolgreich bearbeitet werden, so wäre dies ein sicheres Zeichen dafür, daß die auswärtigen Beziehungen Chinas durch die jüngste Kampagne nicht gelitten haben (Spezialbericht von John Burns in CSM, 22.3.74).

## AFRIKA

### (23) Präsident Algeriens in China

Hourari Boumediene, Präsident des Revolutionsrates und Vorsitzender des Ministerrats der Demokratischen Volksrepublik Algerien, stattete vom 25.2.-2.3.74 der VR China einen offiziellen Besuch ab. Er führte dort u.a. Gespräche mit Chou En-lai und traf mit dem Parteivorsitzenden Mao zusammen (Näheres PRu 1974 Nr.10, S.3-5).

Vier Punkte standen im Vordergrund der Gespräche:

- die Nahost-Frage (Stichworte: "israelisch-zionistische Aggression", der Nahe Osten "im Wettstreit zwischen den Großmächten")
- Betonung der "militanten Einheit der afrikanischen Länder"; Applaus für die "Geburt der Republik Guinea-Bissau", "Unterstützung" für die Bevölkerung von Mozambique,



Angola, Simbabwe, Namibia, Azania u.a. Gebiete "in ihrem gerechten Kampf gegen portugiesische Kolonialherrschaft und gegen die rassistischen Regimes in Rhodesien und Südafrika".

- Probleme der Dritten Welt, u.a. Hervorhebung der Erfolge der "4. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder in Algier" und Vorschlag der algerischen Regierung anlässlich dieser Konferenz, eine Sondertagung der UNO-Vollversammlung für eine Studie der Probleme der Rohmaterialien und ihre Entwicklung einzuberufen.

- Mittelmeerfrage: China und Algerien sind sich darin einig, "daß das Mittelmeer den Mittelmeerländern gehört" (NCNA, 3.3.74). Es ist den Chinesen also gelungen, verschiedene antisowjetische Spitzen einzubauen (Näheres PRu 1974 Nr.10, S.11f., 19).

Alles in allem scheint das Jahr 1974 zu einem "Jahr Afrikas" in China zu werden: Der zambische Präsident Kaunda und Boumedienne haben ihren Besuch bereits abgeschlossen, die Visite des tansanischen Staatspräsidenten Nyerere schloß sich an.

#### (24) Beziehungen mit Botswana

Der südafrikanische Staat Botswana hat am 25. März die VR China offiziell anerkannt. Gleichzeitig wurde die diplomatische Vertretung Taiwans aufgefordert, ihre Geschäfte in der Hauptstadt Gaborone abzuwickeln und das Land zu verlassen. Damit ist es Peking gelungen, seine Einflusssphäre im südlichen Afrika noch weiter auszubauen.

#### (25) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea-Bissau

China hat sich schon seit Beginn der sechziger Jahre als Förderer der Aufstandsbewegungen gegen den portugiesischen Kolonialismus in Afrika profiliert. Dies wird nun besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Beschluß, diplomatische Beziehungen zu der im Befreiungskampf gegen Portugal entstandenen "Regierung der Republik Guinea-Bissau" aufzunehmen.

Die Aufnahme erfolgte am 20.3.74 (Wortlaut des Kommunique in NCNA, 20.3.74, vgl. PRu 74/12, S.4).

#### (26) Chinesische Botschaft in Madagaskar

Die VR China hatte am 6.11.1972 diplomatische Beziehungen zu Madagaskar aufgenommen. Nur zwei Monate später wurde der chinesische Botschafter in Tansania, Li Yao-wen, auch zum Botschafter in Madagaskar ernannt, und es sah so aus, als sollte Madagaskar von Tansania aus mitbedient werden (ähnlich wie die Malediven, in denen auch der chinesische Botschafter Sri Lankas gleichzeitig akkreditiert ist). Mit der Bestellung von Chin Min-sheng als Geschäftsträger in Madagaskar (NCNA, 8.3.1974) ist deutlich geworden, daß China die madagassische Karte im Rahmen seiner Afrikapolitik aufzuwerten gedenkt, indem es seine Präsenz in dem Inselstaat sichtbar machen will, in welchem die Sowjetunion nicht Fuß fassen konnte.

#### (27) Chinesischer Einfluß in Mozambique

Im amerikanischen Nachrichtenmagazin Newsweek warnte der russische Journalist Victor Louis vor dem steigenden Einfluß Pekings auf die Frelimo-Bewegung. Die Frelimo-Einheiten werden auf tansanischem Boden ausgebildet. Dort unterrichten chinesische Instruktionsoffiziere in Militärlagern unter tansanischer Flagge die schwarzen Stammeskrieger der Maconde, die nach wie vor die Hauptlast des bewaffneten Widerstandes tragen. Sie erhalten auch Waffen und ideologische Ausbildung aus China.

In Portugal glaubt man, daß die Chinesen von Tansania aus mit Hilfe der Frelimo ihren ersten afrikanischen Brückenkopf größeren Ausmaßes in Mozambique errichten wollen. Der militärische Nachrichtendienst Portugals bestätigt die These portugiesischer NATO-Offiziere, wonach Peking später von Mozambique aus die strategische Linie der sowjetischen Flotte vom Indischen Ozean rund um Südafrika in den Atlantik unterbrechen oder zumindest stören will. Beunruhigende Berichte kommen aus Zaire. Man hält in Lissabon einen Eingriff Zaires in den Afrika-Krieg gegen Portugal für möglich. Es ist nicht ganz unmöglich, daß beim Aufenthalt Mobutus in Peking (dazu Näheres C.a. 73/2-Ü 15) entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden.

#### (28) Tansanischer Präsident in China

Präsident Nyerere, der China bereits in den Jahren 1965 und 1968 besucht hatte, traf erneut zu einem Staatsbesuch ein und wurde dabei unter anderem auch von Mao Tse-tung empfangen (NCNA, 25.3.74). Nähere Angaben über den Nyerere-Besuch im nächsten Heft von "CHINA aktuell".

### ASIEN

#### (29) Glückwunschtelegramme an Staatsführer Birmas

Tung Pi-wu, der amtierende Vorsitzende der VR China, und Ministerpräsident Chou En-lai sandten am 8. März einzeln Telegramme an U Ne Win und an U Sein Win, um ihnen zu ihrer Wahl zum Präsidenten des Staatsrats bzw. zum Premierminister der Sozialistischen Republik der Union Birma zu gratulieren. In den Telegrammen wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß sich die Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Birmas mit jedem Tag entwickeln möge (PRu 1974 Nr.11, S.4).

#### (30) Sollen die indonesischen Kommunisten nicht mehr unterstützt werden?

China hat es sich bisher nicht nehmen lassen, die indonesischen Kommunisten auch nach den Ereignissen vom September 1965 noch zu unterstützen (zu den einzelnen Formen dieser Unterstützung vgl. C.a. 73/8, S.439 ff.).

Nach einer Meldung der TASS vom 4. März 1974 soll nunmehr ein Sprecher des indonesischen Außenministeriums bekanntgegeben haben, daß der Außenminister der VR China, Chi P'eng-fei, vor einiger Zeit den indonesischen Außenminister Adam Malik von dem Beschluß Chinas unterrichtet habe, jede Unterstützung der "kommunistischen Rebellen"



in Indonesien einzustellen.

Der Sprecher habe diese Erklärungen im Zusammenhang mit Pressemeldungen abgegeben, nach denen Chou En-lai dem Ministerpräsidenten Malaysias versprochen hat, die kommunistischen Kräfte in Malaysia nicht mehr zu unterstützen.

Es sei bekannt, daß auch der thailändische Regierungschef kürzlich erklärt habe, von Peking ähnlich lautende Zusicherungen bekommen zu haben.

Sollten diese Meldungen zutreffen, wären in der Tat die wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer Normalisierung zwischen China und den ASEAN-Staaten beseitigt. Allerdings widerspräche eine solche Handlungsweise der Erklärung des chinesischen Ministerpräsidenten aus Anlaß des Besuches Staatspräsident Kaundas von Zambia. Chou En-lai hatte bei einer Bankettrede zu Ehren seines zambischen Gastes bekanntgegeben, daß die gegenwärtige Anti-Lin - Anti-Konfuzius-Kampagne die Außenpolitik Chinas nicht ändern werde. China werde es sich freilich auch nicht nehmen lassen, weiterhin an seiner Unterstützungspolitik zugunsten von Befreiungsbewegungen festzuhalten.

### (31) Invektiven gegen die "Japanisch-Chinesische Besichtigungsgesellschaft"\*

"Unter dem Aushängeschild der Organisation von 'Besichtigungen' und 'Reisen' propagierte vor kurzem eine Handvoll japanischer chinafeindlicher und antikommunistischer Rechter mit aller Kraft die absurde Theorie von 'zwei Chinas'..... Am 15. Februar zimmerten die japanischen Rechten im Verein mit einer Handvoll von Leuten aus dem Tourismus-Geschäft, die gewillt sind, mit der Chiang Kai-shek-Clique in 'freundschaftlicher und gutnachbarlicher' Beziehung zu stehen, in Tokyo eine 'japanisch-chinesische Besichtigungsgesellschaft' zusammen. Diese Gesellschaft nannte die Provinz Taiwan, Bestandteil des geheiligten Territoriums der Volksrepublik China, offen ein 'Land'. Sie schwätzte, durch Tourismus den 'Austausch zwischen Japan und China zu fördern', und zwar als einen Beitrag zur Freundschaft und Gutnachbarkeit den Angehörigen dieses Landes gegenüber." (PRu 1974 Nr.10, S.30). Dies sei ein offenkundiger Plan, 'zwei Chinas' und 'ein China, ein Taiwan' zu schaffen, und damit eine grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten sowie eine ungezügelt Provokation gegen das chinesische Volk.

\* Korrekt aus dem Japanischen übersetzt müßte es "Touristik-Gesellschaft" heißen. (Anm.C.a.)

### (32) Zum 25. Jahrestag der Gründung der Malayischen Nationalen Befreiungsarmee

Am 1. Februar 1974 brachte der Partisanensender "Stimme der Malayischen Revolution" einen Aufruf, der nochmals ausdrücklich das chinesische Konzept der Eroberung der Städte von den Dörfern her betonte. "Unsere Armee hält fest an dem Weg, die Städte von den Dörfern her einzukreisen und die politische Macht mit Waffengewalt zu ergreifen. Damit hat sie entschlossen die revolutionäre Linie, den bewaffneten Kampf bis zum Ende zu führen, verfolgt und heldenhaft und hart für eine umfassende Entfaltung des Volks-

krieges gekämpft. Unsere Armee hat eine Reihe von Schwierigkeiten überwunden, Sabotage und Widerstand der Feinde zerschmettert, so daß sie siegreich nach Süden vormarschieren und neue Stützpunkte und Partisanengebiete gründen und große Siege erringen konnte..... Die siegreiche Entwicklung des revolutionären Kampfes..... hat einen gewaltigen Anstoß für die rapide Entwicklung des Massenkampfes in verschiedenen Formen gegeben" (PRu 1974 Nr.7, S.22).

### (33) Verhältnis zu den malaysischen Guerilla-Einheiten

Am Vorabend der offensichtlich schon in Kürze bevorstehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuala Lumpur und Peking haben die malaysischen Aufständischen mit verstärkten Aktivitäten begonnen. Zu einem systematischen Volksbefreiungskrieg im Sinne der Versuche von 1948-1960 etwa (Näheres dazu C.a. 1973/6 S.871 ff.) wird es allerdings angesichts der personellen und logistischen Schwäche der hauptsächlich im malaysisch-thailändischen Grenzgebiet sowie in Nordwestmalaysia tätigen Guerilleros nicht kommen. Im Grunde genommen können sie sich nur auf Störaktionen einlassen. Genau das ist es, was sie seit Beginn des Jahres 1974 wieder mit einer gewissen Systematik betreiben.

Schon 1968/69 war es zu einer Renaissance der bewaffneten Guerillabewegung gekommen. Es fragt sich, ob die gegenwärtigen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Malaysias zu China stehen. Der Korrespondent der CSM (19.3.74) glaubt, zwei mögliche Gründe vermuten zu dürfen: Es gehe nämlich den Aufständischen entweder darum, ihre Unabhängigkeit von Peking zu betonen oder aber sich in eine bessere Position für eine künftige Zusammenarbeit mit der künftigen chinesischen Vertretung zu bringen (zum Verhältnis Chinas gegenüber den beiden kommunistischen Parteien in Malaysia vgl. C.a. 1973/6, S.871 ff.).

### (34) Verträge mit Nordvietnam

Die enge Zusammenarbeit der Demokratischen Republik Vietnam mit China dauert weiterhin an. Abgesehen von den nun schon mehrfach abgegebenen Aufforderungen Chinas an Saigon und Washington, sich an das Waffenstillstandsabkommen vom 17.1.1973 zu halten, kommt es auch immer wieder zum Abschluß von Verträgen.

Am 23. März 1973 unterzeichneten beide Regierungen ein Protokoll zu dem Plan für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beider Länder in den Jahren 1973 und 1974 (NVNA, 23.3.74). Andere Verträge waren in den letzten Monaten vorausgegangen, u.a. am 5.10.73 ein Protokoll über die unentgeltliche Belieferung Hanois mit Militärausrüstungen im Jahre 1974, am 19.10. ein Abkommen über Warenaustausch und Zahlungen, ein Protokoll über chinesische Warenlieferungen im Jahre 1974 und ein Protokoll über chinesische Hilfeleistungen in Form von kompletten Anlagen. Am 30.11. wurde der Exekutivplan 1973/74 für wissenschaftliche Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften unterzeichnet.

Daneben leistet China auch der Provisorischen Revolutions-



regierung in Südvietnam, die ja mit Hanoi eng zusammenarbeitet, Hilfe (19.7.73: Abkommen über zusätzliche unentgeltliche chinesische Wirtschaftshilfe; 20.11.73: Abkommen über unentgeltliche wirtschaftliche Hilfe; 28.12.73: Abkommen zur gegenseitigen Gewährung von Visa-freiheit.

### (35) Einstellung Pekings und Moskaus zu Hanoi

Obwohl die Kämpfe in Vietnam weitergehen, scheint sich doch eine Entwicklung abzuzeichnen, derzufolge sowohl Peking als auch Moskau die Nordvietnamesen zur Zurückhaltung veranlassen. Dieser Meinung wenigstens war Assistant Secretary of State Robert Ingerzoll, ein Asien-Sachverständiger des State Department, bei einer Rede vor dem Far East American Council in New York am 28. März 1974. Er glaube, daß "die Sowjets und die Chinesen grundsätzlich an einer Entwicklung friedlicher Verhältnisse in Vietnam interessiert seien, und zwar innerhalb des Rahmens der Pariser Abmachungen, und daß sie auf Hanoi in dieser Richtung drängen (IHT, 29.3.74).

### (36) Nun die Spratly-Inseln?

Nachdem China die Paracel-Inseln besetzt hat, stellt sich nun die Frage, wie es sich in der Frage der elf Spratly-Inseln verhalten wird, auf die die Philippinen, Taiwan, China und Südvietnam Anspruch erheben.

Südvietnam versucht in der Zwischenzeit, durch laufende Truppentransporte sich fünf der elf Inseln im Südchinesischen Meer zu sichern. Die fünf Inseln, die es auf diese Weise mit Festungen ausbaut, liegen zwischen anderen Inseln, die durch Taiwan und die Philippinen besetzt sind. Südvietnam beansprucht noch eine sechste Insel, wobei sich allerdings Schwierigkeiten insofern ergeben, als sie zu klein für Truppenstationierung ist.

Taiwan hat etwa 100 Marine-Soldaten auf Isu-Aba, dem größten der Korallenriffe, stationiert, ungefähr 20 km nördlich der Nam-Jit-Insel, auf der die südvietnamesischen Truppen sich niedergelassen haben. Die Filipinos halten zur Zeit vier der Inseln besetzt, wobei etwa 30 Soldaten auf jedem Eiland angesiedelt sind.

An Kriegsschiffen befinden sich zur Zeit zwei südvietnamesische, drei taiwanische und zwei philippinische Einheiten in den Gewässern um die Spratlys.

In Saigon befürchtet man, daß die Volksrepublik China, ebenso wie im Zusammenhang mit den Paracel-Inseln am 19./20. Januar, möglicherweise eine erneute Besetzungskampagne durchführen wird. Allerdings ist der Angriff hier nicht so wahrscheinlich wie bei den Paracels; denn die Spratlys liegen wesentlich näher an der Küste Südvietnams als die Paracels. Nam Jit z.B. ist etwa 700 km entfernt, der südwestliche Ausläufer dagegen nur etwa 400 km. Die Philippinen, Taiwan und China müssen zwischen 400 und 1500 km zurücklegen, ehe sie zu den Spratlys kommen (IHT, 28. März 1974).

### (37) Taiwan-Kundgebung in Peking

Der 28. Februar, an dem es im Jahre 1947 zum Aufstand

der Bevölkerung Taiwans gegen das damalige Mißregime der 1945 einmarschierten Kuomintang-Truppen kam, hat sich inzwischen in Peking zu einer Art "Tag der Wiedervereinigung" etabliert. Wie schon im Vorjahr (ausführlich dazu vgl. C.a. 1973/3-Ü 29) wurde auch diesmal eine Kundgebung in der Pekinger Volkshalle organisiert, um den "27. Jahrestag des Aufstands des Volkes von Taiwan" zu begehen. Anwesend war, wie schon im Vorjahr, u.a. Liao Cheng-chih. Der Stellv. Vorsitzende des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, Fu Tso-yi, ein alter Kuomintang-General, der 1949 mit seinen Truppen in Peking vor den Kommunisten kapitulierte und in der VRCh zeitweilig zum Minister für Wasserwirtschaft avancieren konnte, war zwar diesmal nicht persönlich vertreten, doch wurde eine Rede von ihm verlesen. Fu ist unter diesen Umständen zu einem besonders berufenen Sprecher für die "Rückkehr" der Provinz Taiwan geworden.

Zuerst sprach Liao Chang-chih, der den Aufstand vom 28. Februar 1947 als "Teil der demokratischen und Volksrevolution" bezeichnete, die von der KPCh geleitet wurde und deren Aufgabe es war, sich dem Imperialismus, dem Feudalismus und dem bürokratischen Kapitalismus zu widersetzen. Liao appellierte geschickt an das Nationalgefühl der "16 Mio. Landsleute in der Provinz Taiwan": "Die Provinz Taiwan ist ein Teil des geheiligten Territoriums Chinas. Die Landsleute von Taiwan sind unsere Blutsbrüder. Taiwan wird befreit und das Vaterland wiedervereinigt werden. Kein Imperialismus und keine reaktionäre Kraft werden es zu verhindern vermögen..... Wir hoffen, daß unsere Landsleute von Taiwan, die den Festlandteil des Vaterlandes aufsuchen werden, um ihre Verwandten zu besuchen oder eine Reise zu machen und an verschiedenen Aktivitäten teilzuhaben, noch zahlreicher sein und größere Beiträge zur Befreiung Taiwans und zur Wiedervereinigung des Vaterlandes leisten werden. Jene, die das Festland verlassen und sich nach Taiwan begeben haben, sind alle Chinesen..... Alle Patrioten bilden eine große und einheitliche Familie, und es wird, was den Patriotismus betrifft, zwischen ihnen kein Unterschied gemacht. Wir heißen jene, die das Festland aufsuchen wollen, um ihre Verwandten und Freunde zu besuchen, willkommen, und wir werden ihre Sicherheit und ihre Freiheit während ihrer Reise garantieren" (NCNA, 1.3.74).

Ganz im Gegensatz zu den sonst so klassenbetonten Unterscheidungskriterien wird hier also an den gemeinsamen Patriotismus appelliert. Dieses ideologische Schema erklärt sich aus der Tatsache, daß die "Befreiung Taiwans" nach wie vor, wie ja in der Rede Liaos erwähnt, Teil der "demokratischen Revolution" Chinas ist, bei der die antifeudalistischen und anti-imperialistischen Gemeinsamkeiten hervorgehoben werden.

Fu Tso-yi führte aus: "Die chinesische Volksbefreiungsarmee wird ihre Wachsamkeit ver Hundertfachen, das Vaterland verteidigen und ist jederzeit bereit, feindliche Eindringlinge zu vernichten und Taiwan zu befreien..... Die Straße von Taiwan ist heute nicht länger ein Hindernis für die Befreiung Taiwans!..... Niemals habe ich meine alten Freunde und Mitarbeiter vergessen, die vom Festland nach Tai-



wan gingen..... Ihr solltet einen überlegten Blick auf die allgemeine Lage werfen, die Tendenz der Welt klar erkennen, die Tendenz Chinas und die Zukunft Taiwans. Warum sollt Ihr nicht Chinesen sein, die das Haupt hoch erhoben halten und machtvollen Schrittes voranschreiten? ..... Viele, die vom Festland nach Taiwan gingen, haben Gedichte geschrieben, die ihrer Sehnsucht nach der Heimat Ausdruck geben. Warum solltet Ihr keinen Weg zurück haben? Ihr seid Chinesen, das Festland ist Euer Vaterland, und wir sind bereit, Euch herzlich willkommen zu heißen, wenn Ihr bald zurückkehrt. Laßt uns unter dem Großen Banner Mao Tse-tungs zusammenarbeiten, um die Einigung unseres großen Vaterlandes zu verwirklichen" (NCNA, 1.3.74, abgedruckt auch in PRu 1974/Nr.10, S.20 ff.).

Moskaus Prawda (13.3.) nahm die Pekinger Feier zum Anlaß, um der chinesischen Führung "Verrat an den nationalen Interessen" in Taiwan vorzuwerfen. "Die Maoisten gleiten zunehmend in eine Anerkennung von zwei Chinas oder 'Ein Taiwan, ein China' hinein, indem sie das Taiwan-Problem einer 'kleinen Änderung' in ihrem Feilschen mit der Welt des Kapitals unterworfen haben." Die derzeitige Pekinger Führung habe sich mit der ausländischen Herrschaft auf dem "heiligen Territorium" Chinas ausgesöhnt. Mehr noch: Die Maoisten wollten offen die Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz in Asien. Dies werde in den USA auch als Zustimmung Pekings zur Fortsetzung der Präsenz amerikanischer Truppen auf Taiwan interpretiert. Als Gegenleistung habe sich Washington offiziell nicht bei den Zusammenstößen auf den Paracel-Inseln eingemischt. Gleichzeitig werde die wirtschaftliche Stellung ausländischer Monopole auf Taiwan konsolidiert. Die Export- und Import-Bank der USA habe beschlossen, ohne Einschränkung amerikanische Kapitalinvestitionen zu garantieren. Die Freigebigkeit, mit welcher die Maoisten Taiwan 'als kleine Änderung' benutzten, sei unbegrenzt. So habe Chou En-lai im Zusammenhang mit der Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen die 'Sicherheit des Lebens und Eigentums von Japanern auf Taiwan' garantiert.

Um jedoch diesen Ausverkauf der nationalen Interessen zu tarnen, greift die Pekinger Führung von Zeit zu Zeit immer wieder zu solchen Propagandatiraden wie: "Wir werden Taiwan bestimmt befreien, unsere Nationale Befreiungsarmee wird ihre Wachsamkeit erhöhen und ist ständig bereit, den eindringenden Feind zu vernichten und Taiwan zu befreien".

## AUSTRALIEN

### (38) Verhältnis zu Australiens KP

Am 14. März 1974 sandte das ZK der Kommunistischen Partei Chinas Glückwünsche zum 10. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Australiens (M-L). Seit 10 Jahren habe die KP Australiens (M-L) unter der Führung des von Genossen E.F. Hill geleiteten Zentralkomitees das Banner des Marxismus-Leninismus hochgehalten, entschieden Widerstand gegen den modernen Revisionismus geleistet und unermüdlich gekämpft für die aufrechte Haltung der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen den

amerikanischen Imperialismus und den Sozialimperialismus der sowjetischen Revisionisten. "Die Staaten wollen die Unabhängigkeit, die Nationen wollen die Befreiung, und die Völker wollen die Revolution - das ist heute ein unwiderstehlicher Strom der Geschichte" (PRu 1974 Nr. 12, S.3).

Drei Tage trafen E.F. Hill und N. Gallagher, also der Vorsitzende und der Stellv. Vorsitzende der Australischen KP, in Peking ein und wurden dort u.a. von Chou En-lai empfangen (ebd.). Die Beziehungen zur australischen und zur neuseeländischen KP (M-L) werden von China seit Jahren sorgfältig gepflegt und sind auch während der Kulturrevolution nie unterbrochen worden.

## INTERNATIONALE KONFERENZEN

### (39) Stellungnahme zur Panamerikanischen Außenministerkonferenz

Vom 21. bis zum 23. Februar fand in Mexico City die Panamerikanische Außenministerkonferenz statt. Die Außenminister von 24 lateinamerikanischen Ländern und Henry A. Kissinger nahmen an der Konferenz teil. Die Tagesordnung der Konferenz umfaßte 10 Punkte, u.a. die Lösung der Panama-Kanal-Frage, die Reform des panamerikanischen Systems, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, internationale Handels- und Währungssysteme und die supranationalen Konzerne.

Dem chinesischen Kommentar zufolge "widerspiegeln diese Punkte das drängende Bestreben der lateinamerikanischen Länder, die Unterdrückung, Kontrolle und Ausplünderung durch den US-Imperialismus abzuschütteln und ihre staatliche Souveränität, nationalen Ressourcen und wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen". Positiv sei die "Deklaration von Tlatelolco" zu werten, die am 24. Februar veröffentlicht wurde. In dieser Deklaration heißt es: "Panamerikanische Beziehungen sollen auf wirklicher Gleichberechtigung, Nichteinmischung sowie Verzicht auf Gewaltanwendung und Zwangsmaßnahmen beruhen und das Recht der Länder achten, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems selbst zu wählen (PRu 1974 Nr.10, S.31).

### (40) China verteidigt in Genf "gerechte Kriege"

Auf der Genfer Konferenz zur Erneuerung der Genfer Menschenrechtskonvention (es handelt sich hierbei um die vier Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Kriegsopfer) beantragte der chinesische Delegierte Pi Chi-lung am 6. März ein Zusatzprotokoll, in dem der legale Status von Kriegen zur nationalen Befreiung ausdrücklich bekräftigt und in dem den Kämpfern in solchen Kriegen volle humanitäre Behandlung garantiert wird. China sei sich mit vielen Staaten der Dritten Welt darüber einig, erklärte er, daß es ein primäres Prinzip jeder neuen Menschenrechtskonvention sein müsse, "gerechte Kriege" zu unterstützen und sich "ungerechten" zu widersetzen.

Die von 118 Delegationen beschickte Konferenz erwies sich als idealer Resonanzboden für Chinas Theorien von den zwei verschiedenen Kriegen.



Der neuerliche Vorstoß in der Genfer Tochterorganisation der UNO ist eng verzahnt mit einem ähnlichen Versuch Chinas vor dem 6. Ausschuß (Recht) der UNO-Vollversammlung (16.-21.11.73), den Aggressionsbegriff neu zu definieren (ausführlich dazu C.a. 74/1, S.815 f.).

Das von den Chinesen aufgeworfene Problem war im Vietnam-Krieg aktuell geworden, nachdem Nordvietnam den amerikanischen Kriegsgefangenen den Schutz der Genfer Konvention mit dem Argument vorenthielt, die USA führten einen Aggressionskrieg. Nach chinesischer Auffassung sollte humanitäre Behandlung im Sinne der Genfer Menschenrechtskonvention jedoch nur den Trägern eines "gerechten Krieges", nicht jedoch eines "ungerechten" zugekommen. Zu fragen wäre nun freilich wiederum, was ein "gerechter" Krieg ist. Der chinesische Vorschlag bringt insofern eine "Vereinfachung" mit sich, als er den Begriff der Gerechtigkeit mit sämtlichen nationalen Befreiungskriegen verknüpft.

## AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

### (41) "Die Energiekrise ist eine Krise des kapitalistischen Systems"

Unter diesem Motto setzt sich Ch'ang Ch'ien (PRu 1974 Nr.11, S.5 ff.) mit den gegenwärtigen "Problemen" des Energiemangels auseinander. Bei der Erschließung von Energiequellen dächten die Kapitalisten nicht daran, wie man diese rational nutzen könne, sondern strebten nur danach, ein Maximum an Profit herauszuschlagen. Die USA besäßen reiche Kohlevorkommen, produzierten aber nur ein Fünftel ihrer Energie mit Kohle, da die Erdölförderung für die Kapitalisten profitabler sei als die von Kohle. Erdöl könne auch aus Ölschiefer und Ölsand gewonnen werden, doch seien die Kapitalisten auch daran nicht interessiert, da eine solche Produktion für sie wiederum ein minder einträgliches Geschäft bedeutete. Gleichzeitig bringe der Kapitalismus Vergeudung mit sich. Zu große Mengen Erdöl würden heute verschwendet, nicht nur im Konsum, sondern auch bei der Produktion: In den USA müssen z. B. infolge der rücksichtslos schnellen Förderung für jede Tonne gewonnenen Öls zwei Tonnen endgültig im Boden gelassen werden. Schließlich trügen auch das ungezügelte Aufrüsten und die Kriegsvorbereitungen zum verschwenderischen Energieverbrauch bei. Die Schuld "liegt, mit anderen Worten, nicht bei Mutter Natur, sondern bei Onkel Sam".

Um den steigenden Energiebedarf zu decken, habe man sich schon lange den Ländern des Mittleren Ostens zugewandt, um die sich heute nicht nur die US-Imperialisten, sondern auch die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten in Form von "Militärhilfe" ("Rüstung gegen Öl" und "Wirtschaftshilfe" und "Maschinen gegen Öl") rissen. Was hinter der Mittelost-Frage stecke, sei letzten Endes die Öl-Frage, die ihrerseits eng mit der Rivalität um die Welthegeemonie zwischen den beiden Supermächten verbunden sei. Wer das Erdöl an sich reiße, der kontrolliere die Welt, insbesondere aber Europa, das auf das vom Nahen Osten gelieferte Öl angewiesen sei. Nicht zuletzt deshalb

zwängen die beiden Supermächte den arabischen Völkern die schädliche Situation von "Weder Krieg noch Frieden" auf und unterstützten und ermutigten Israel in dessen Aggression.

Das Schlagwort von der "Energiekrise" sei eine Erfindung und nichts anderes als eine Widerspiegelung des Niederganges der kapitalistischen und revisionistischen Klasse. Zur Zeit der Unterdrückung Chinas habe man stets behauptet, China sei ein ölarmlandes Land. Daß gerade das Gegenteil der Fall sei, hätten die "auf eigenen Beinen stehenden" Anstrengungen Chinas in den letzten Jahren bewiesen.

Ein anderer Kommentar (PRu 1974 Nr.11, S.18 ff.) weist auf die riesigen Profite der internationalen Ölkonzerne hin. Der Gesamtprofit der zehn größten Ölgesellschaften betrug im Jahre 1973 7,8 Mrd. US \$ das waren 51,2% mehr als noch ein Jahr zuvor. Die EXXON, das größte Ölmonopol des Westens, strich 1973 einen Gewinn von 2,44 Mio. US \$ ein, fast 60% mehr als 1972. Zu bemerken sei, daß die großen amerikanischen Ölgesellschaften zugleich die wichtigsten multinationalen Gesellschaften der westlichen Welt seien. Von den sieben größten internationalen Ölmonopolen (Exxon, Mobiloil, Standard Oil of California, Texaco, Gulf Oil, Royal Dutch/Shell und British Petroleum) sind die ersten fünf amerikanischer Provenienz. Diese großen Ölkonzerne hätten nicht nur in den USA die hochgeblasene Energiekrise ausgenutzt, um viel Geld zu verdienen, sondern sich auch die schwierige Lage der Energieknappheit in den westeuropäischen Ländern zunutze gemacht, um Extraprofite zu erlangen. Der Gewinnzuwachs sei hauptsächlich von der Ölpreiserhöhung in Europa her zustande gekommen, wo die in den USA beheimateten internationalen Ölgesellschaften einen großen Marktanteil haben.

### (42) China lehnt Richtlinien zur Geburtenbeschränkung ab

Der chinesische UNO-Delegierte Hsü Li-chang, Chinas Beobachter auf der 3. Sondersitzung der UNO-Kommission für Bevölkerungsfragen, hat sich am 11. März gegen den Entwurf für einen "Aktionsplan Weltbevölkerung" gewandt, über den auf der für den 19. August in Bukarest geplanten Weltbevölkerungskonferenz beraten werden soll. In dem Aktionsplan sollen alle Länder aufgefordert werden, Informationen über Geburtenkontrolle zu liefern und das Recht von Ehepaaren auf Familienplanung zu respektieren. Hsü erklärte vor den Delegierten der UNO-Bevölkerungskommission, der Aktionsplan sei "ungeeignet und unausführbar". Bevölkerungspolitik, Volkszählungen, die Ziele und Statistiken auf diesem Gebiet seien ausschließlich Angelegenheit des jeweiligen Landes. Jedes Land könne seine Ernährungsprobleme lösen, wie China selbst gezeigt habe, das ja in den vergangenen Jahrzehnten von etwa 500 auf über 700 Mio. angewachsen sei, ohne daß die Wirtschaft dadurch beeinträchtigt worden wäre. Die geschichtlichen Tatsachen hätten die Wahrheit schlagend bewiesen, daß "Revolution plus Produktion" die Ernährungsfrage lösen könnten.

Hauptgrund für Armut und Bevölkerungsproblem seien also nicht die großen Bevölkerungszahlen in den Entwicklungsländern, sondern vielmehr das Vormachtstreben, die Aggression und Ausplünderungspolitik durch den Imperia-



lismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, vor allem der beiden Supermächte (Radio Peking, deutsch, 13.3.74; vgl. auch PRu 1972 Nr.12, S.9 ff.).

Peking will also das große Problem der Bevölkerungsfrage offensichtlich dazu benutzen, um zum einen die beiden Supermächte "maximal zu isolieren", zum anderen - indirekt - die Notwendigkeit einer Revolution, vor allem in den Ländern der Dritten Welt, anzudeuten.

## AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

### (43) Touristenabschirmung

Aus einem Erfahrungsbericht von Horst Kerlikowsky (FAZ, 14.3.74): "Grundsätzlich gibt es für Ausländer eigene Hotels, eigene Restaurants, eigene Eisenbahnabteilungen oder gar eigene Eisenbahnwaggons und spezielle Aufenthaltsräume in Varietes oder Theatern."

In Wuhan z.B. wurde die deutsche Gruppe erst zwei Minuten vor Beginn einer Opernvorstellung vorgefahren und durfte durch die bereits halbdunklen Gänge nach vorn in die ersten Reihen gehen. Nach Abschluß der Vorstellung wurden die Gäste außerdem wieder als erste herausgeführt - allerdings stets herzlich von den chinesischen Zuschauern beklatscht. Als die Gruppe den Wunsch äußerte, in der Pekinger U-Bahn fahren zu dürfen, wurde ihr dieser Wunsch schließlich gewährt. Allerdings wurden die 13 Mitglieder ganz für sich allein in einen eigenen geräumigen Wagen geleitet, während die anderen Wagen mit Chinesen überfüllt waren. Die Begründung des chinesischen Reisebegleiters: "Das chinesische Volk weiß, was es seinen ausländischen Gästen schuldig ist. Sie sollen es bequem haben." Schließlich sorgt noch das übervolle Programm dafür, daß dem einzelnen Besucher kaum Gelegenheit zu individuellen Ausflügen bleibt, Ausflügen allerdings, die grundsätzlich durchaus zugelassen werden. Eine Abschirmungsmaßnahme ist auch die strenge Ritualisierung bei den einzelnen Besuchen: Einführungsvortrag, Besichtigungen, Diskussionen. Eine weitere Maßnahme: Nur "Vorzeigedinge" werden geboten. Dies sei leicht daran festzustellen, daß in Kindergärten Kinder die Fremden - im Gegensatz zu sonstigen Bereichen - gar nicht mehr bestaunen, in den Fabriken Propaganda-Ausstellungen über die Greuel der Vergangenheit und den Fortschritt aufgebaut sind und an manchen Plätzen die Gastgeber zugeben, daß täglich ausländische Gruppen kommen. Auch habe der Dolmetscher wegen der Fachausdrücke und der passenden Mao-Zitate jeweils ein Spezialwörterbuch des Reisebüros dabei, das er am jeweils passenden Ort hervorhole.

### (44) Besuchseinschränkungen?

Eine Gruppe amerikanischer Professoren von der Pennsylvania State University konnte beobachten, daß die laufende Anti-Lin - anti-Konfuzius-Kampagne das Besuchsklima leicht beeinträchtigt. Die Gruppe wurde in ihren Kontakten mit einfachen Chinesen stärker überwacht, als es bei Vorgänger-Delegationen der Fall war. Außerdem untersagte man ihnen, irgendwelche Wandzeitungen aufzunehmen. Schließlich war es für sie nicht möglich, Persön-

lichkeiten aus dem engeren Kreis der Führung in Peking zu kontaktieren. Andererseits freilich - und hier distanzierte sich der Sprecher der Delegation von Gerüchten über eine neue Xenophobiewelle in China - sei man nirgends einer offenen feindseligen Haltung begegnet (IHT, 1.3.74).

### (45) Wie Sowjetbürger in Peking leben

Zu diesem Thema gibt Ulrich Grudinski, der Korrespondent der FAZ, einen anschaulichen Bericht (FAZ, 4.3.74).

Während die Mitglieder anderer Botschaften über halb Peking verstreut lebten, sei das russische diplomatische Personal, vom Koch bis zum Botschafter, in einem einzigen Komplex untergebracht, das in der äußersten Nordostecke der alten Tatarenmauer liege und den Titel Pei Kuan ("Nördliche Herberge") trage. Kein Chinese dürfe ohne Einladung in den "Minikremj", und kein einziger sei als Koch, Fahrer, Handwerker oder Hausgehilfe angestellt worden, wie es doch bei anderen Botschaften selbstverständlich ist. Die Russen unterhielten in Pei Ku an ihre eigenen Schulen und Kindergärten, Werkstätten, Schwimmbäder und Turnhallen. Nur ausnahmsweise machen "pelzvermummte Frauen" ab und zu Gruppenreisen im Botschaftsbus zum Gemeinschaftseinkauf im Ausländer-"Freundschaftsladen", der als fast letztes Relikt aus der Zeit sino-sowjetischer Harmonie noch russische Spezialitäten feilhalte.

Wieviele Mitglieder hat die Botschaft eigentlich? Niemand kann diese Frage genau beantworten. Die Pekinger Diplomatenliste weise zwar 45 akkreditierte sowjetische Diplomaten (alle ohne Privattelefonnummer) aus, die wirkliche Zahl liege aber wohl bei etwa 400.

Der sowjetische Botschafter Tolstikow, ehemaliger Parteisekretär von Leningrad, erhalte als einziger in Peking akkreditierter Diplomat zu jedem Staatsbankett in der Großen Halle des Volkes drei Einladungen, eine für sich, eine für seine Frau und die dritte ausnahmsweise für einen Dolmetscher, damit er, wie ein Pekinger Außenamtsfunktionär sarkastisch bemerkte, angesichts seiner mangelnden Chinesischkenntnisse bei jeder Bankettrede genau weiß, wann er aus Protest aufstehen und hinausgehen muß. Nur noch ein Motiv könne die Russen zum Verweilen in Peking veranlassen: nämlich die Hoffnung auf eine baldige Wetterwende.

## INNENPOLITIK

### (46) Neue Klassenkämpfe angekündigt

Die führenden Zeitungen Chians, u.a. die JMJP (20.3.), haben erneut vor einem Wiederaufleben innerer Machtkämpfe gewarnt. Unter Hinweis auf den in Ungnade gefallenen früheren Staatschef Liu Shao-ch'i und den ehemaligen Verteidigungsminister heißt es, daß Leute wie sie auch in Zukunft "zehn-, zwanzig-, ja dreißigfach" wiederauftauchen werden. Der Klassenkampf müsse deshalb bis zur vollen Verwirklichung des Kommunismus in der VR China fortgesetzt werden. Es müßten deshalb auch immer wieder neue Kulturrevolutionen stattfinden.

### (47) Erkrankung des amtierenden